

Günter Pehl

Zeitgemäße Konzeption zur Preisstabilisierung fehlt noch

Zum Jahresgutachten des Sachverständigenrats
zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Im Laufe des vergangenen Jahres haben die Auftriebskräfte in der Wirtschaft der Bundesrepublik wieder die Oberhand gewonnen. Während noch gegen Ende des Jahres 1971 eine Rezession mit größerer Arbeitslosigkeit von fast allen Konjunkturbeobachtern nicht ausgeschlossen wurde, trat bereits in den ersten Monaten des Jahres 1972 ein deutlicher Wandel im Konjunkturklima ein. Nachfrage und Produktion belebten sich. Der Aufschwung gewann im weiteren Jahresverlauf allerdings nur zögernd an Kraft. Gegenwärtig ist der Konjunkturaufschwung immer noch verhalten. Er wird sich aber sehr wahrscheinlich im Verlauf des Jahres 1973 verstärken. Dabei wird das Schwergewicht der Nachfrageexpansion von den Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte — die jedoch weiterhin kräftig steigen werden — zu den Investitionen wechseln.

Die Produktionsmöglichkeiten wuchsen 1972 stärker als die Produktion.; die Auslastung des Produktionsapparates ging also zurück. Dennoch stiegen die Preise weiter. Die Geldentwertung hat sich 1972 sogar beschleunigt; zum Jahresende lag der Preisindex für die Lebenshaltung um rund 6 1/2 vH höher als im Jahr zuvor. Es gibt zur Zeit keine Anzeichen für eine Beruhigung des Preisauftriebs. Zwar dürften 1973 weitere Preisschübe bei den Nahrungsmitteln, die im vorigen, Jahr sich besonders nachteilig ausgewirkt haben, ausbleiben. Doch ist damit zu rechnen, daß sich die Teuerung der Industriewaren verstärkt. Im Durchschnitt werden die Verbraucherpreise 1973 voraussichtlich um 6 bis 6,5 vH höher sein als 1972.

Dies ist, in wenigen Strichen skizziert, das Bild, das der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Jahresgutachten 1972/73 von Lage und Aussichten der Wirtschaft in der Bundesrepublik zeichnet¹). Das Gutachten wurde am 27. November 1972 der Bundesregierung und am 7. Dezember 1972 der Öffentlichkeit übergeben. Die Bundesregierung wird ihre Stellungnahme in ihrem Jahreswirtschaftsbericht abgeben, der im Laufe des Monats Februar 1973 dem Bundestag vorgelegt werden soll.

Auch in seinem neunten Jahresgutachten stützt der Sachverständigenrat seine Analysen, Prognosen und Empfehlungen auf eine Fülle von Material sowie auf zahlreiche Informationsgespräche. An den Anfang ihres Gutachtens stellen die Sachverständigen eine Darstellung der Schwierigkeiten, die sich aus den enger werdenden Bindungen der Einzelstaaten „auf dem Wege zu einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion“ — so ist dieses Kapitel überschrieben — ergeben. Daran anschließend wird die Konjunkturentwicklung im Jahre 1972 dargestellt und kommentiert. Es folgt eine Prognose der voraussehbaren Entwicklung im Jahre 1973. In einem vierten Kapitel mit der Überschrift „Widerstand gegen die Inflation“ erörtern die Sachverständigen die wesentlichsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik in diesem Jahr. Die Ratsmehrheit, vier der fünf Professoren, stellt zwei Alternativen einer „Strategie der gedämpften Expansion“ zur Diskussion, während *Prof. Köhler* in einem Minderheitsvotum eine andere Konzeption vorlegt. Schließlich befaßt sich der Rat mit Grundproblemen der Einkommensverteilung.

Wissenschaft wird mit Problem der schleichenden Geldentwertung nicht fertig

Es ist zu begrüßen, daß die Professoren ausführlicher als bisher, in einem besonderen Kapitel, diese Fragen erörterten und offensichtlich auch darum bemüht waren, die Verteilungsproblematik in ihre Meinungs- und Urteilsbildung mit einzubeziehen. Dies hat zu einem höheren Maß an Ausgewogenheit geführt. Leider haben die Gutachter aber ihr Vorhaben, mehr als bislang auch dem Verteilungskampf und damit „allen konjunkturell relevanten Aspekten Rechnung zu tragen ... nicht mit hinreichender Konsequenz durchgehalten“. Dies stellt das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Gewerkschaften (WSI) in einer Auseinandersetzung mit dem Jahresgutachten fest²). Dort heißt es weiter: „Dies hat notwendigerweise zur Folge, daß sich in dem Gutachten Unsicherheiten — bis hin zu eklatanten Widersprüchen — einschleichen, die das Bemühen um Objektivität erheblich erschweren. So wird die Argumentation oft schwer verständlich. Die Schlußfolgerungen sind vielfach wenig überzeugend. Man wird den Eindruck nicht los, daß die Gutachter entscheidende Fragen

1) Bundestagsdrucksache VII/2. Das Jahresgutachten ist auch im Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart und Mainz, unter dem Titel „Gleicher Rang für den Geldwert“ erschienen. Mitglieder des Sachverständigenrates sind die Professoren Bauer, Gutowski, Köhler, Klotten und Sievert.

2) WSI-Mitteilungen, H. 1/1973.

aussprechen, die Antworten darauf dann aber offenlassen." Soweit das Urteil des WSI, das in der WSI-Stellungnahme eingehend begründet wird. In der Tat spiegelt sich in dem Gutachten deutlich das Unvermögen der Wirtschaftswissenschaft wider, mit der Problematik der schleichenden Geldentwertung *unter den gesellschaftspolitischen Ansprüchen und Gegebenheiten unserer Zeit*, wie Vollbeschäftigung, Preis- und Tarifautonomie, Stabilität der Demokratie, internationale Wirtschaftsverflechtung und zunehmende europäische Integration, fertig zu werden.

Doch kehren wir zunächst zur Darstellung einiger Schwerpunkte des Gutachtens zurück. In früheren Jahren, noch im Jahr 1971, war es nach Meinung der Sachverständigen „zu vertreten, die Erfolge und Fehlschläge der deutschen Stabilisierungspolitik daran zu messen, wie konsequent Bundesregierung und Bundesbank das von ihnen kontrollierte Instrumentarium ... im Hinblick auf die gesamtwirtschaftlichen Ziele eingesetzt hatten. Heute sind die nationalen Wirtschaftspolitiken, nach ihren Wirkungsmöglichkeiten beurteilt, nicht mehr von gleicher Qualität" (Textziffer 1).

Auf dem Wege zu einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion haben die Einzelstaaten die Zuständigkeiten für eine Stabilisierungspolitik teilweise an die Organe der Europäischen Gemeinschaft abgegeben. Diese haben es jedoch bisher nicht vermocht, „ihre Kompetenz für stabilitätspolitische Richtlinien so zu nutzen und dem immerhin erlassenen Richtlinien so viel Geltung zu verschaffen, daß stabilitätswidriges Verhalten der einzelnen Länder verhindert wurde. Noch weniger konnten sie die Gemeinschaft im ganzen! vor den Konsequenzen einzelstaatlichen Fehlverhaltens bewahren" (Ziff. 24). In wesentlichen Bereichen, wie in der Finanz- oder der Einkommenspolitik, sind die Mitgliederstaaten kaum oder überhaupt keinen Bindungen unterworfen. In der Geldpolitik gibt es dagegen keine Möglichkeit für ein einzelnes Land mehr, „durch Einsatz der Geld- und Kreditpolitik auf längere Sicht ein größeres Maß an Stabilität zu erreichen als die Partnerländer, sofern man Wechselkursänderungen nicht in Betracht zieht" (Ziff. 20). Die Lücke zwischen dem Verlust an nationaler Autonomie und gemeinschaftlichem Handeln wirkt sich heute um so mehr aus, als „der Konjunkturverbund zwischen den Ländern der Gemeinschaft enger und daher der Integrationsraum insgesamt anfälliger für Konjunkturschwankungen geworden ist, als er es während der ersten beiden Phasen des Integrationsprozesses war" (Ziff. 46). Zur Versachlichung der Diskussion ist eine Beschreibung der Probleme, die sich aus der zunehmenden europäischen Integration ergeben, sicher nützlich, nachdem während des Bundeswahlkampfes von der Opposition monatelang der Eindruck erweckt worden war, als sei die Bundesregierung völlig frei in ihren konjunkturpolitischen Entscheidungen und als hätten wir in der Bundesrepublik eine geschlossene Volkswirtschaft, die keinen Einflüssen von außerhalb unterliegt.

Reallohnposition wird schlechter

Die Wirtschaftsentwicklung im vergangenen Jahr wird im ganzen übereinstimmend mit den Aussagen der Konjunkturforschungsinstitute dargestellt. Auf eine Wiedergabe dieser Darstellung muß und kann hier verzichtet werden, zumal in dieser Zeitschrift kontinuierlich über die wirtschaftliche Entwicklung im vergangenen Jahr berichtet wurde³). Zweierlei sollte jedoch aus diesem Kapitel des Gutachtens hier erwähnt werden. Das ist einmal die Feststellung der Sachverständigen, daß sich die *Reallohnposition* der Arbeitnehmer 1972 erstmals wieder verschlechtert hat, nachdem sich zuvor die Verteilungsproportionen von 1969 an zugunsten der Löhne verschoben hatten⁴). „Die Verschlechterung hat allerdings die Vorteile nicht völlig zunichte gemacht, welche die Arbeitnehmer während der Hochkonjunktur und auch noch zu Beginn des Abschwungs im Verteilungskampf erzielt haben“ (Ziff. 174).

Zweitens ist der Hinweis der Sachverständigen festzuhalten, daß die Lebenshaltung 1972 am meisten durch den starken Anstieg der Nahrungsmittel verteuert worden ist (Ziff. 192). In der ersten Hälfte des Jahres 1972 ließ der Anstieg der Verbraucherpreise nach, und es sah so aus, als ob die Preissteigerungsrate des Jahres 1971 (5,2 vH) 1972 gehalten oder sogar unterschritten werden konnte. „Das starke Anziehen der Nahrungsmittelpreise hat die rückläufige Tendenz der Teuerungsrate um die Jahresmitte jedoch beendet; Tarifierhöhungen bei der Post und die Heraufsetzung der Tabaksteuer kamen hinzu, und auch von den Preisen für die industriell erzeugten Waren gab es nicht die erhoffte und dringend benötigte Entlastung“ (Ziff. 191). Vom April bis Oktober 1972 stiegen die Preise für die Nahrungsmittel (saisonbereinigt) mit einer Jahresrate von 13 vH. Darauf ist es wesentlich zurückzuführen, daß die Preissteigerungsrate für die Lebenshaltung bis zum Jahresende 1972 auf fast 6,5 vH hinaufkletterte. Im Jahresdurchschnitt war der Preisindex für die Lebenshaltung 1972 um 5,8 vH höher als 1971. Am Jahresende 1972 lag er bereits um rund 3,5 vH über dem *Jahresdurchschnitt* 1972.

Prognose für 1973

Nicht zuletzt wegen dieses Überhangs nehmen die Gutachter an, daß der Preisindex für die Lebenshaltung im Jahresvergleich 1973 mit 6 bis 6,5 vH noch stärker steigen wird als 1972. In den Grundzügen deckt sich die Prognose der Sachverständigen für 1973 mit den Annahmen der Arbeitsgemeinschaft der Wirtschaftsforschungsinstitute⁵) und des WSI der Gewerkschaften⁶). Die Prognose des Rates steht unter der Bedingung, daß sich der Kurs der Konjunktur-

3) Zuletzt in GM, H. 10/1972, S. 652 ff.

4) Dabei wird die reale Bruttolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer ins Verhältnis gesetzt zum (um einige Positionen modifizierten) realen Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen.

5) Der Gemeinschaftsbericht ist unter anderem abgedruckt im Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 26. 10. 1972.

6) WSI-Mitteilungen, H. 11/1972.

politik 1973 nicht ändert. Bei dieser Bedingung wird für 1973 mit einem Zuwachs der Produktivität um 5 vH, des *realen* Bruttosozialprodukts um 5,5 vH und des *nominalen* Bruttosozialprodukts um 12 vH gerechnet. Das Einkommen der Arbeitnehmer nimmt in diesem Rechenwerk 1973 gegenüber 1972 *brutto* um 12,5 vH und *netto* um 7,5 vH zu. Die ungewöhnlich große Differenz ergibt sich aus der Lohnsteuerprogression, der Heraufsetzung der Sozialversicherungsbeiträge, aber auch daraus, daß 1972 der Konjunkturzuschlag zurückgezahlt wurde, wodurch sich die Nettoeinkommen stärker als sonst erhöhten. Besser als die Arbeitnehmer schneiden die Unternehmer ab: Das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen wird nach den Annahmen der Gutachter 1973 *brutto* um 13 vH und *netto* um 14 vH höher sein als 1972.

„Der Wirtschaftspolitik ist 1973 die Aufgabe zu stellen, die Gewöhnung an hohe Inflationsraten zu durchbrechen und das Vertrauen in den Geldwert zurückzugewinnen. Wachstum und hoher Beschäftigungsstand sind 1973 nicht gefährdet. Für das außenwirtschaftliche Gleichgewicht gilt dies nicht uneingeschränkt; hier könnten neue Gefahren entstehen, wenn mehr Stabilität im Innern mit mehr Stabilität im Ausland, vor allem in der Gemeinschaft einherginge" (Ziff. 321).

Die wirtschaftspolitische Hauptaufgabe des Jahres soll durch eine „Strategie der gedämpften Expansion" zu lösen sein. Diese Strategie ist darauf angelegt, „den Preisaufrtrieb so zu dämpfen, daß das Niveau der Verbraucherpreise von Ende 1972 bis Ende 1973 um nicht mehr als 3,5 vH bis 4 vH (statt 5,5 vH) steigt und dieser Anstieg anschließend weiter zurückgeht" (Ziff. 374). Dieses Ziel hoffen die Gutachter durch eine Beschränkung der Nachfrageexpansion mit den Mitteln der Globalsteuerung erreichen zu können. Die gesamtwirtschaftliche Auslastung des Produktionspotentials soll in diesem Jahr nicht größer sein als 1972. Das bedeutet, daß das *reale* Sozialprodukt nicht stärker als das Wachstum der Produktionsmöglichkeiten steigen darf, und das sind rund 4,5 vH (gegenüber 5,5 vH in der Prognose).

Lohnerhöhung 1972 war marktgerecht

Unmittelbares Einwirken des Staates auf die Lohnbildung wird von den Gutachtern abgelehnt. „Die autonomen Gruppen sollen Interessengegensätze, die in unserer Wirtschaftsordnung elementar sind, in einer Form austragen, die marktgerecht ist. Hierfür ... tragen sie die Verantwortung. Hingegen können sie keine Verantwortung für ein Fehlverhalten der Konjunktur- und Stabilitätspolitik übernehmen, insbesondere auch keinen Verzicht auf die Wahrnehmung von Einkommenschancen leisten, die sich aus dem Unterlassen einer wirksamen Globalsteuerung ergeben" (Ziff. 372). Als „marktgerecht" wird im Gutachten die Lohnpolitik im vergangenen Jahr angesehen. Die Professoren sehen erneut bestätigt, „daß die Lohnpolitik der Bundesrepublik — jedenfalls

im internationalen Vergleich — bei drohenden Beschäftigungsrisiken eine beachtliche Reagibilität aufweist. Die Lohnwelle der Jahre 1969 bis 1971 ebte um die Jahreswende 1971/72, als die Gefahr eines stärkeren konjunkturellen Abschwungs drohte, zunächst ab ... Auch daß im weiteren Verlauf des Jahres wieder höhere Lohnsteigerungsraten gefordert und durchgesetzt wurden, kann nicht als Ausdruck marktwidrig gebrauchter Macht angesehen werden, sondern dürfte den veränderten Marktbedingungen lediglich gefolgt sein" (Ziff. 339). Diese Feststellung widerspricht der Argumentation der Arbeitgeber- und Unternehmerverbände.

Gegen Lohnleitlinien und Stabilitätspakt

Ihnen dürfte auch nicht gefallen, was die Sachverständigen zu den Themen „Lohnleitlinien“ und „Stabilitätspakt“ zu sagen haben. Lohnleitlinien halten sie im Konjunkturaufschwung für „sehr problematisch“. Staatliche Stellen seien immer versucht, „möglichst niedrige Vorgaben zu wählen“. Dabei denken die Professoren offenbar an die Erfahrungen der Jahre 1968/69: „Die verzögerte Lohnanpassung stimuliert wegen der überhöhten Gewinne den Aufschwung zur Hochkonjunktur und enthält zugleich den Drang zur nächsten Übersteigerung in der Lohnentwicklung, der nächste Zyklus wäre erneut programmiert“ (Ziff. 309). Auch von einem Stabilitätspakt halten, die Gutachter im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht viel. Es könne „nicht geleugnet werden, daß im Aufschwung das Erfolgsrisiko insbesondere bei den Arbeitnehmern läge. Zurückhaltung in der Lohnpolitik führt nicht schon von selbst zu einer entsprechenden Beruhigung des Preisauftriebs. Die Nachteile eines Mißerfolgs nimmt den Arbeitnehmern niemand ab“ (Ziff. 410). Diese Äußerung deckt sich mit der gewerkschaftlichen Stellungnahme zum Vorschlag eines Stabilitätspaktes.

Lohnerhöhungen 1973

Der Sachverständigenrat hält an seinem schon in früheren Jahren entwickelten Konzept der „kostenniveauneutralen Lohnpolitik“ fest. Von den Gewerkschaften ist dieses Konzept stets abgelehnt worden, weil es die bestehende Einkommensverteilung festigt, unter Umständen sogar zu Lasten der Arbeitnehmer verändert. Immerhin entsprechen Lohnerhöhungen von rund 9 vH dem Konzept der Sachverständigen: Für 1973 rechnen sie mit einem Zuwachs der Produktivität (des gesamtwirtschaftlichen Produktionsergebnisses je Erwerbstätigenstunde) von 5 vH. Sie ziehen 1 vH ab, weil sich die Arbeitgeberleistungen zur Sozialversicherung erhöhen. „Die verbleibende Rate, 4 vH, gibt an, um wieviel im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt das Niveau der effektiv gezahlten Löhne je Stunde (einschließlich aller kostenwirksamen Nebenleistungen) des Jahres 1973 über denen des Jahres 1972 liegen könnte, ohne daß das gesamtwirtschaftliche Kostenniveau steigt. Selbstverständlich ist dies

keine realistische oder auch nur erwünschte Orientierung für Nominallohn-erhöhungen im Jahre 1973. Die Rate wäre vielmehr um einen Ausgleich für unvermeidliche künftige Preissteigerungen zu vergrößern. Anders als in früheren Jahren verzichten wir jedoch diesmal darauf, hierzu eine quantitative Angabe zu machen" (Ziff. 414). Man ist versucht, diese Zurückhaltung als schelmenhaft zu bezeichnen, denn einige Seiten vorher, unter Ziffer 376, steht: „Unter Berücksichtigung des erwähnten Preisüberhangs am Jahresende 1972 halten wir also für unvermeidlich, daß das Preisniveau des Jahres 1973 um mindestens 5 vH über dem des Jahres 1972 liegen wird." Kostenniveauneutral im Sinne des Sachverständigenkonzepts wären demnach Lohnerhöhungen um *mindestens* 9,2 vH.

Die weit verbreitete Vorstellung, ein Preis- und Lohnstopp sei das richtige Mittel, um zu stabilen Preisen zu gelangen, wird von den Gutachtern widerlegt. Sie lehnen überhaupt Preis- und Lohnkontrollen ab (Ziff. 477 bis 489). An Hand von Erfahrungen aus drei Ländern weisen sie nach, daß solche Maßnahmen allenfalls für kurze Zeit zu stabileren Preisen führen; danach sind die Preissteigerungen um so stärker. Soll der Preis- und Lohnstopp wirksam sein, dann ist dazu ein System erforderlich mit einer riesigen Fülle von Anordnungen, Verboten und Geboten, mit straffer Überwachung, mit der sich daraus ergebenden Bürokratie und mit der Androhung von Strafen für jede nicht genehmigte Preis- oder Lohnerhöhung. Natürlich ist dann auch die Tarifautonomie beseitigt. Die weitere Folge sind spürbare Verknappungen der Waren mit schwarzen oder grauen Märkten. Völlig zu Recht halten die Sachverständigen die ordnungspolitischen Schäden, die ein Lohn- und Preisstopp mit sich bringen könnte, für „unabsehbar und abschreckend." (Ziff. 351).

Die Stabilitätsstrategie der Gutachter

Von der konjunkturellen Situation her haben wir nach Ansicht von vier der fünf Professoren jedenfalls zur Zeit „nicht die Stunde der Einkommenspolitik", sondern die „Stunde der Globalsteuerung" (Ziff. 409). Die Globalsteuerung „hat dafür zu sorgen, daß die Ausgabenexpansion so gedämpft verläuft, daß bei den Einkommen marktgerecht wird, was zu mehr Stabilität paßt" (Ziff. 409). Ansatzpunkt ist die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Ihre Expansion hat der Staat über die öffentlichen Haushalte zu begrenzen. Demgemäß ist die Haushaltspolitik das wichtigste Instrument der von den Gutachtern zur Diskussion gestellten Stabilisierungsstrategie. Dabei „sollen jedoch keine Beschäftigungsrisiken geschaffen werden, welche die Tarifpartner nicht im Rahmen zumutbarer Anpassungsfähigkeit selbst tragen können" (Ziff. 416).

„Eine Dämpfung des Preisauftriebs erfordert jetzt in erster Linie eine Dämpfung des privaten Verbrauchs." Dies ist „nur zu erreichen, falls der Staat das verfügbare Einkommen beschneidet" (Ziff. 417). Zwei Strategien

stellt die Ratsmehrheit zur Auswahl (Ziff. 418): *Strategie I* sieht Steuererhöhungen in Höhe von insgesamt 9 Mrd. DM vor. Die dadurch abgeschöpfte Kaufkraft soll bei der Bundesbank stillgelegt werden. An erster Stelle wird die Erhebung eines zehnprozentigen Konjunkturzuschlags zur Einkommen- und Körperschaftsteuer genannt. Weitere Mehreinnahmen sollen durch den Abbau von Steuervergünstigungen oder durch eine Erhöhung der Ergänzungsabgabe aufkommen. Nach *Strategie II* sollen die Steuererhöhungen 5 Mrd. DM erbringen. Weitere 4 Mrd. DM müssen bei den Ausgaben eingespart werden, darunter 2 Mrd. DM bei den Personalausgaben. In beiden Fällen muß die Kreditpolitik „zu verhindern suchen, daß die Unternehmen die sie treffenden Steuererhöhungen durch Preissteigerungen wettzumachen vermögen“ (Ziff. 419).

Prof. Köhlers Minderheitsvotum

Ein Mitglied des Sachverständigenrates, *Prof. Köhler*, kann die Anwendung der einen oder der anderen dieser beiden Strategien vorerst noch nicht empfehlen. Er hat ein Minderheitsvotum abgegeben (Ziff. 426 bis 436). „Gegenwärtig bei einem Nachfragezuwachs, der fast durchschnittliche Kapazitätsauslastung gestattet, verlangt die Verstetigungsstrategie, daß die Wirtschaftspolitik weder zusätzlich restriktiv noch expansiv handelt. Die Status-quo-Prognose warnt, daß es 1973 wieder zu einer beschleunigten Zunahme der Nachfrage kommt. Wenn das die Diagnosen in den nächsten Monaten bestätigen, muß die Wirtschaftspolitik gegensteuern. Ein Handeln bereits auf der Basis der Prognose ist wegen der möglichen Fehleinschätzungen der zukünftigen Entwicklung riskant“ (Ziff. 428).

Nach der Strategie der Ratsmehrheit würden die Nettolöhne und -gehälter in diesem Jahr nur um 5 vH höher sein als 1972. Unter der Annahme, daß die Zahl der Arbeitnehmer um etwa 0,5 vH zunimmt, würden die Nettoeinkommen pro Kopf nur um knapp 4,5 vH steigen. Da die Gutachter auch bei Verwirklichung ihrer Strategie einen Anstieg der Verbraucherpreise um 5,5 vH erwarten, blieben die Nettolöhne und -gehälter 1973 in ihrer Kaufkraft gegenüber 1972 sogar um etwa 1 vH zurück. Die Annahme eines solchen Rückgangs der Reallöhne bei gleichzeitiger Produktivitätssteigerung von 4,5 vH ist sicherlich unrealistisch. Es drängt sich die Frage auf, wie sich unter dieser Annahme ein Zuwachs des *realen* Sozialprodukts um 4,5 vH erklären läßt, zumal die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen *real* auch weniger, nämlich um 2 bis 2,5 vH wachsen. Wer soll die mehr erzeugten Waren und die zusätzlich angebotenen Dienstleistungen kaufen? Die Ratsmehrheit rechnet bei Anwendung ihrer Strategie I mit einer Zunahme des privaten Verbrauchs 1973 gegenüber 1972 um *real* 2,5 bis 3 vH — bei einem Rückgang der Reallöhne — und mit einem Anstieg der Bruttoanlageinvestitionen um *real* 4,5 bis 5 vH, obwohl die *realen* Nettogewinne nur um 2 bis 2,5 vH ansteigen. Plausibel erscheint uns diese Rechnung nicht. Aber abgesehen von diesem Zahlenspiel ist zu befürchten, daß die empfohlene starke Kaufkraftabschöpfung den immer noch verhaltenen Konjunkturaufschwung erstickt. Deshalb ist dem Minderheitsvotum von Prof. Köhler zuzustimmen.

Konjunkturzuschlag für Arbeitnehmer unzumutbar

Jedenfalls ist ein zehnprozentiger Konjunkturzuschlag auch unter dem Aspekt einer gerechteren Einkommensverteilung abzulehnen. Er würde zu etwa zwei Dritteln die Arbeitnehmer direkt belasten, die seit langem schon von der Steuerprogression viel stärker betroffen werden als die Unternehmer. Auch ohne Konjunkturzuschlag wird das Lohnsteueraufkommen von 1971 bis 1973 nach den Vorausschätzungen um 40 bis 45 vH wachsen. Die Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer erhöhen sich nach der Prognose der Sachverständigen im gleichen Zeitraum um 22,5 vH. Der Zuwachs ist also nur etwa halb so groß und demgemäß steigt die Lohnsteuerbelastung. Die Nettoarbeitseinkommen würden vor allem deshalb nur um 17 vH steigen. Umgekehrt sieht es bei den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen aus: Sie nehmen von 1971 bis 1973 nach der Prognose im Gutachten (also ohne die zusätzlichen Steuererhöhungen der Stabilisierungsstrategie) *brutto* um 24,5 vH und *netto* um 29,5 vH zu. Der seit Jahren zu beobachtende Trend einer steuerlichen Entlastung der Selbständigen und der Unternehmen setzt sich fort. Deshalb wäre eine weitere Steuerbelastung der Arbeitnehmer völlig ungerecht.

Strategie einseitig nachfrageorientiert

Der wichtigste Einwand gegen die Stabilisierungsstrategie der Ratsmehrheit ist indessen der, daß sie ausschließlich eine Strategie der globalen Nachfragesteuerung ist, obwohl sich in den letzten Jahren überall erwiesen hat, wie wenig wirksam der Preisanstieg mit den Mitteln der Globalsteuerung bekämpft werden kann. In ihrer Analyse haben die Gutachter selbst darauf hingewiesen, z. B. wenn es in Ziff. 325 von der Wirtschaftspolitik in der Europäischen Gemeinschaft — die mit dem Instrumentarium der Globalsteuerung arbeitet — heißt, daß sie „überall gleich erfolglos, ja beinahe ohnmächtig im Kampf gegen die Inflation“ war. Nach der Theorie, auf der die Politik der globalen Nachfragesteuerung aufbaut, dürfte es einen so hohen und sogar noch beschleunigten Preisanstieg, wie wir ihn 1972 hatten, bei einem Rückgang der Kapazitätsauslastung gar nicht geben.

Die Sachverständigen weisen selbst in ihrer Analyse auf andere Ursachen der Preissteigerungen und andere Möglichkeiten ihrer Bekämpfung hin. Aber auch hierbei sind Unsicherheiten herauszulesen, so wenn einmal „die wirksame autonome Kontrolle der Geldversorgung“ als „Angelpunkt“ einer Lösung (Ziff. 352) bezeichnet wird, an anderer Stelle auf das „Kernproblem der Stabilität: den mit Marktmacht ausgetragenen Verteilungskampf“ (Ziff. 471) hingewiesen wird. Gegen die einseitige Ausrichtung einer Stabilitätsstrategie auf die Haushaltspolitik kann man die in der Analyse der Sachverständigen erhobenen Zweifel anbringen: In Ziff. 352 wird angeregt, die „öffentlichen Haushalte aus dem unheilvollen Dauerkonflikt zu befreien ..“, in den sie durch ihre stabilitätspolitische Verantwortung einerseits und die Aufgabe einer sehr weitreichenden öffentlichen Daseinsversorgung andererseits gestellt sind, eine Rollenzuweisung, der sie nicht ge-

wachsen sind ..." Außerdem haben die Gutachter selbst, wie erwähnt, auf die Einengung des Wirkungsspielraums einer nationalen Konjunkturpolitik durch die Bindungen in der Europäischen Gemeinschaft hingewiesen. Dann ist doch nach der wirksamen außenwirtschaftlichen Absicherung der Stabilitätsstrategie der Ratsmehrheit zu fragen. Würden wir nicht bei Anwendung der Strategie im nächsten Jahr erneut vor der Notwendigkeit stehen, die D-Mark aufzuwerten?

Strategie bleibt hinter Erkenntnissen zurück

Die Strategie bleibt offensichtlich hinter den Erkenntnissen der Analyse erheblich zurück. Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Gewerkschaften (WSI) weist darauf hin, daß mit Globalmaßnahmen die Strukturbedingungen der gegenwärtigen Preissteigerungen nicht in den Griff zu bekommen sind. Vielmehr würde eine weitere Unterauslastung der Kapazitäten infolge der Strategie die Fixkostenbelastung eher erhöhen und bei den bestehenden Wettbewerbsverzerrungen eher noch preistreibend wirken. „Wirkungslosigkeit oder Übersteuerung sind die möglichen Konsequenzen — die eigentlichen Preissteigerungsursachen bleiben unangetastet⁷⁾."

Resignation und Ratlosigkeit der Gutachter — dieser Schluß drängt sich auf. „Die Gutachter wären aufgerufen gewesen, Wege zu zeigen — und wenn auch nur andeutungsweise —, wie der von ihnen selbst als Kernproblem der Stabilität apostrophierten Marktmacht und dem durch diese geprägten Verteilungskampf beizukommen ist⁸⁾. Natürlich kann sich eine auf mehr Preisstabilität ausgerichtete Politik damit nicht erschöpfen; es müssen viele verschiedenartige Mittel angewandt werden. Aber diese Mittel müssen zusammengefaßt werden. Noch steht jedenfalls eine Konzeption aus, die überzeugend eine relative Stabilität des Preisniveaus verspricht unter den Bedingungen unserer gesellschaftlichen Ansprüche und Gegebenheiten, wozu vor allem gehören: Vollbeschäftigung, wachsende Wirtschaft (keine Preisrückgänge durch Rezessionen und Wirtschaftskrisen), Verteilungsgerechtigkeit, Tarifautonomie und Autonomie in der Preisgestaltung, Marktwirtschaft, wo immer sie sinnvoll ist, Stabilität der Demokratie (keine Arbeitslosigkeit, keine zu großen sozialen Spannungen, keine staatlichen Eingriffe in die Tarifautonomie), auf gesellschaftliche Reformen ausgerichtete öffentliche Haushalte und freie außenwirtschaftliche Beziehungen (Freizügigkeit des Handels und Kapitalverkehrs, multinationale Unternehmen und Konzerne).

7) WSI-Mitteilungen, H. 1/1973.

8) WSI-Mitteilungen, H. 1/1973.